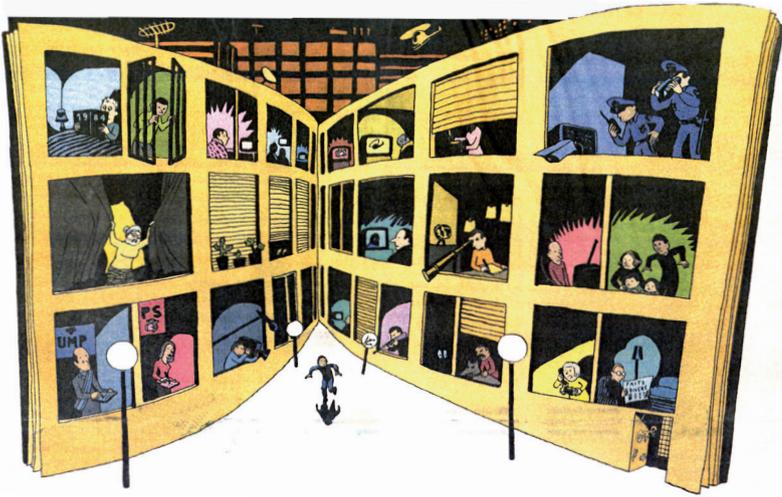


Bernhard Müller

Erosion der gesellschaftlichen Mitte



**Mythen über die Mittelschicht
Zerklüftung der Lohnarbeit
Prekarisierung & Armut
Abstiegsängste**

Bernhard Müller
Erosion der gesellschaftlichen Mitte

Bernhard Müller ist Redakteur der Monatszeitschrift Sozialismus und Mitglied des VSA: Teams.

Bernhard Müller

Erosion der gesellschaftlichen Mitte

Mythen über die Mittelschicht

Zerklüftung der Lohnarbeit

Prekarisierung & Armut

Abstiegsängste

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz und Druck, Hamburg
ISBN: 978-3-89965-496-7

Inhalt

1. Verunsicherte Mittelschicht	7
<i>»Gesellschaftliche Mitte«, Politische Ökonomie und Klassentheorie</i>	11
2. Transformation der Mittelklassegesellschaften	16
Die USA als Idealtypus der Bürgergesellschaft	16
Wohlstand, Assets und Schulden 18 Wer ist die Mittelklasse? 19 Stei- gende Armut 21 Umverteilungseffekte von Bundessteuern und Transferlei- stungen rückläufig 22 Vorwärts und zurück: das Vertrauen in den Erfolg »har- ter Arbeit« schwindet 22 Gedämpfter Zukunftsoptimismus 23	
Ende des amerikanischen Traums	24
Spitzenreiter sozialer Ungleichheit: Deutschland im europäischen Vergleich	27
Ursachen: Zersetzung des »sozial regulierten Kapitalismus«	32
3. Soziale Polarisierung im Finanzmarktkapitalismus	36
Rückkehr der Unsicherheit	36
Erosion meritokratischer Ordnung	39
Ungleichheit in Folge der Großen Krise	44
4. Soziale Ungleichheit in Deutschland	46
Vom Rheinischen Kapitalismus ist wenig geblieben	46
Entgrenzung der Vermögen	57
Die »Mitte« als politisches Projekt	60
5. Wenn Arbeit sich immer weniger lohnt ... – Druck auf die »Arbeitnehmermitte«	66

6. Der schnelle Marsch in die Niedriglohn-Republik	74
Prekarisierung: soziale Spaltungen und neue Herrschaftsform	
Leih- oder Zeitarbeit	81
Werkverträge	82
Befristete Beschäftigung	83
Geringfügige Beschäftigung	84
Flexibilisierungs-Reserven	86
Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung	87
Niedriglohnsektor	88
Die Armutslöhne der prekär Beschäftigten	93
Struktur der Lohnarbeit	95
7. Ein System der »Bestrafung der Armen«	96
Wenn Arbeit nicht zum Leben reicht	96
Die neoliberale Plünderung der Arbeitslosenversicherung	99
Streichung von Leistungen – Strangulierung aktiver	
Arbeitsmarktpolitik – Ausbau des Sanktionssystems	103
Armut im Alter	105
Verfestigte Armut	113
Armutspolitische Konzentration und Dreiteilung Deutschlands	118
8. Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft	122
Literatur	130
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	141

1. Verunsicherte Mittelschicht

Die Polarisierung der Einkommen hat in den letzten Jahren zugenommen. Schon vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 herrschte bei großen Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung der Eindruck einer zunehmenden sozialen Spaltung vor. »Drei Viertel der Bevölkerung erwarten, dass die sozialen Unterschiede wachsen, zwei Drittel, dass immer mehr wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht mehr mithalten können.« (Köcher 2008) Der Glaube an die »Soziale Marktwirtschaft« und ihr Versprechen, dass Leistung sich lohnt, befand sich im Sinkflug. Dies ging einher mit der Wahrnehmung, dass die deutsche Gesellschaft nur sehr eingeschränkt von Unten nach Oben durchlässig sei, und mit der Ausbreitung massiver Abstiegsängste auch und gerade bei den mittleren Einkommenslagen. So ist »die Abstiegsangst aller Berufsgruppen zwischen den Jahren 1993 und 2007 gestiegen (...). Ein überproportionaler Anstieg des Unsicherheitsempfindens ist bei der mittleren Mittelschicht festzustellen. Die Abstiegsangst dieses Teils der Mittelschicht hat somit deutlich zugenommen.« (Ernste/Erdmann/Kleineberg 2011: 9)

Die Verunsicherung größerer Teile der gesellschaftlichen »Mitte«¹ und die ihr zugrunde liegenden ökonomisch-sozialen Entwicklungstendenzen wurden in zahlreichen empirischen Untersuchungen zum Thema. So bestätigt eine aktuelle Analyse der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Universität Bremen (Bertelsmann Stiftung 2012) die These, dass die (Einkommens-) Mittelschicht in Deutschland schrumpft.² Seit 1997 ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 5,5 Mio. Menschen oder von 65 auf 58% zurückgegangen. Besonders ausgeprägt ist dieser Rückgang in der unteren Hälfte der Einkommensmittelschichten, deren Anteil sogar um 15% geringer ist. Umgekehrt ist der Anteil der Menschen in den unteren und untersten Einkom-

¹ Zur klassentheoretischen Bestimmung der »gesellschaftlichen Mitte« siehe den Kasten am Schluss dieses Kapitel.

² Die Zahlen beruhen auf einer jährlichen Befragung von etwa 20.000 Erwachsenen, bekannt als sozio-ökonomisches Panel. Als Einkommensmittelschicht wird dabei eine Bevölkerungsgruppe definiert, die über 70 bis 150% des Einkommens verfügen, das die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt. Dieser Median betrug 2010 für einen Einpersonen-Haushalt 19.400 Euro. Zur Mittelschicht gehören damit Singles mit einem Monatseinkommen von 1.130 bis 2.420 Euro oder Familien mit zwei Kindern unter 18 und einem Budget von 2.370 bis 5.080 Euro.

menschichten um knapp vier Millionen Personen gewachsen. Gleichzeitig macht sich in den Mittelschichten inzwischen jeder Vierte latente Sorgen, seinen heutigen Status zu verlieren. Das sind deutlich mehr als noch vor zehn Jahren. Der Grund: Immer weniger Menschen gelingt der Aufstieg aus den unteren Einkommen in die Mittelschicht. Und selbst eine gute Ausbildung ist heute kein Garant mehr für ein Leben in gesichertem Wohlstand.

Dennoch wird der offenkundige Anschein sozialer Auseinanderentwicklung von einem Teil der herrschenden ökonomischen und politischen Elite zurückgewiesen. So bestreiten das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Verein mit der der CDU nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung (Arndt 2012a), dass tatsächlich von einer Erosion der gesellschaftlichen Mitte die Rede sein könne. »Die Mittelschicht ist (...) seit der Wiedervereinigung Deutschlands weitgehend stabil. Ungefähr die Hälfte der Deutschen gehört seit Jahren zur Mittelschicht, kleine Schwankungen außen vor gelassen. Weder die positive Konjunkturentwicklung in den Jahren 2006 und 2007 noch die schwere Wirtschaftskrise 2008 und 2009 haben in nennenswertem Umfang an der Mittelschicht gerüttelt.« (Institut der deutschen Wirtschaft 2012) Die »düsteren Szenarien«, mit denen in den Medien vor dem Schrumpfen der Mittelschicht, der Zunahme der Einkommensunterschiede zwischen den Schichten, der wachsenden Abstiegsangst und dem dauerhaften Verarmen von Menschen mit niedrigem Einkommen gewarnt wird, ließen sich aus den Fakten nur mit reichlich interpretatorischer Kreativität ableiten. »Die Phänomene, vor den in den Medienberichten gewarnt wird, werden aufgrund der undifferenzierten Darstellung sogar verstärkt. Weil viele über die vermeintlich schrumpfende Mittelschicht reden, glauben immer mehr daran und die Angst wird weiter geschürt. Wie bei einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung entsteht erst durch die Berichterstattung Statuspanik.« (Ernste/Erdmann/Kleineberg 2011: 3) Auch die Bundesregierung kommt in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht zu dem Befund: In »längerfristiger Perspektive zeigt sich eine im Wesentlichen stabile mittlere Einkommensschicht.« (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013: 326)

Beide Deutungen – Schrumpfen versus Stabilität der gesellschaftlichen Mitte – stützen sich auf dieselben Daten des vom DIW in Berlin erhobenen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Die gegensätzlichen Interpretationen resultieren aus unterschiedlichen Definitionen von »Mittelschicht«. So wird in der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung alles zur Mitte gezählt, was nicht

von Transferleistungen lebt.³ Dadurch werden die nicht wegzuredenden Prozesse der sozialen Polarisierung in die sehr breite Mitte selbst hineinverlagert. »Die Stabilität der Mitte überdeckt unterschiedliche Entwicklungen im Einkommensgefüge in der Mitte selbst. Denn die niedrigeren Einkommensbereiche der Mittelschicht sind zwischen 2002 und 2008 dichter geworden. Die Mitte ist also gerade im unteren Bereich »expandiert«. In ihrem mittleren und oberen Bereich haben sich die Einkommen dagegen »ausgeüht.« (Arndt 2012b: 37)

Wir haben es hier mit interessengeleiteten Deutungen der sozial-ökonomischen Entwicklungstrends zu tun. Die Botschaft: Die Abstiegsängste der mittleren Einkommensschichten sind überwiegend unbegründet; soziale Polarisierung findet nicht statt. Auf die Spitze getrieben hat dieses Verfahren die schwarz-grüne Bundesregierung, indem sie vor allem auf Druck der FDP in ihrem Reichtums- und Armutsbericht alle Passagen, die die soziale Polarisierung mindestens benannt haben, gestrichen hat. So hieß es dort ursprünglich: »Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.« Und: »Die Einkommensspreizung hat zugenommen.« Das verletze »das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung« und könne »den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden«. In der endgültigen Fassung tauchen diese Sätze nicht mehr auf.

Nicht von ungefähr sucht dieser Teil der ökonomischen und politischen Elite, die Verunsicherung in der gesellschaftlichen Mitte bei den rot-grünen Steuerplänen (Erhöhung der Einkommenssteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer bzw. Vermögensabgabe etc.) für sich zu nutzen und die geplanten höheren Steuersätze als Angriff auf die Mittelklasse zu attackieren. Der CDU-Wirtschaftsrat spricht von Sargnägeln für den Mittelstand, FDP-Generalsekretär Patrick Döring von einer »Verarmungsstrategie« für die Mitte. Andere Wirtschafts-»Experten« warnen vor den verheerenden Folgen des grünen Steuerkonzepts, das nicht nur Belastungen für Spitzenverdiener bringe, sondern bereits Ehepaare, die zur oberen Mittelschicht gehören, zum Teil kräftig belaste. Der Steuerzahlerbund hält gar einige Teile der Vorhaben für verfassungswidrig.

Dies trifft durchaus die Stimmung eines Teils der gesellschaftlichen »Mitte« selbst. Das hat auch damit zu tun, dass sich in der Selbstverortung auch

³ Ausgegangen wird von einer »eher breite(n) Definition der Mittelschicht (der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 60% und 200% des Medianeinkommens). (...) Je nach Wahl der Einkommensgrenzen der Mittelschicht umfasst die mittlere Einkommensschicht im Jahr 2009 somit etwa zwischen 60% und 80% der Bevölkerung in Deutschland.« (Arndt 2012a: 34)

große Teile der Oberschicht der »Mitte« zurechnen. » Von denjenigen, die über weniger als 70% des mittleren Einkommens verfügen, ordnen sich 61% der Unter- und Arbeiterschicht und 37% der Mittelschicht zu. Und während sich zwei Drittel der Bezieher von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle (60%) zur Unter- und Arbeiterschicht zählen, sieht sich ein Drittel der Einkommensarmen als Angehöriger der Mittelschicht. Dagegen betrachten sich 63% der Personen in der höchsten Einkommensposition (>150% des mittleren Einkommens) der Mittelschicht zugehörig und 29% der oberen Mittel- und Oberschicht. Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des mittleren Einkommens) stufen sich mit 56% größtenteils in die Mittelschicht ein, aber mit fast 40% auch zu einem beträchtlichen Anteil in die Unter- und Arbeiterschicht.« (Noll/Weick 2011: 3) Weitere subjektive Komponenten, die sich nicht aus der eigenen sozio-ökonomischen Position im Klassengefüge der Gesellschaft speisen, spielen bei der wachsenden Verunsicherung über die Zukunftsperspektiven der gesellschaftlichen »Mitte« eine wichtige Rolle – so etwa die Bildung der Kinder. »Durch den breiteren Zugang zu tertiärer Bildung und die »Inflation« von Bildungsabschlüssen ist ein qualifizierter Abschluss wichtig beim Zugang zur Mittelklassenexistenz, doch selbst ein Hochschulabschluss stellt dafür eher eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung dar. (...) So gerät die Mittelschicht immer stärker in einen Wettbewerb um gute schulische, berufliche und tertiäre Bildung, um den eigenen Status auch in der Generationenfolge weitergeben zu können.« (Bertelsmann Stiftung 2012: 120)

Für die herrschende Elite sind die Ängste der Mittelschicht einem »typisch deutschen Pessimismus« geschuldet. Dieser Hinweis überzeugt nicht. Denn ein Blick in die USA zeigt, dass auch und gerade dort der Glaube an den »American Dream« durch die enorme soziale Polarisierung erschüttert ist. Auch dort rückt der soziale Aufstieg für immer mehr BürgerInnen in weite Ferne. »Im Vergleich mit den USA (...) fällt auf, dass die tatsächliche Aufstiegsquote dort nur etwas über der Deutschlands liegt. (...) Dennoch schätzen die US-Bürger ihre persönlichen Aufstiegschancen als sehr viel höher ein als die Deutschen. Auch die Leistungsgerechtigkeit wird in den USA als größer empfunden: Über 60% der Bürger glauben, dass Erfolg aus harter Arbeit resultiere.« (ebd.: 13)

»Gesellschaftliche Mitte«, Politische Ökonomie und Klassentheorie

Im Fokus der politischen Auseinandersetzung um die durch den Finanzmarktkapitalismus ausgelöste Verschärfung des Gegensatzes der Klassen stehen die unter Druck geratenen »Mittelklassen«, »Mittelschichten« bzw. die »gesellschaftliche Mitte«. Sie werden definiert nach der Höhe des Einkommens, Qualifikation und sozialer Stellung im Beruf. »Mitte« lässt sich »über drei zentrale Merkmale definieren: ein hinreichendes Einkommen, ein bestimmtes Maß an Bildung bzw. beruflicher Qualifikation und eine berufliche Position jenseits gering qualifizierter und körperlicher Arbeit.« (Bertelsmann-Stiftung 2012: 48) Ein genauere Blick auf die auf diese Weise bestimmte »Mitte« zeigt allerdings, dass hier ganz disparate Personenrubriken zusammengefasst werden: u.a. qualifizierte Lohnarbeiter des Kapitals, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Solo-Selbständige und auch Nichterwerbspersonen (Rentner, Pensionäre), die selbst, je nach Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess¹ ganz unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen unterliegen. Die entwickeltere bürgerliche Sozialforschung räumt denn auch ein: »Allerdings ist die Mittelschicht weder ein einheitliches ›Großkollektiv‹ noch ein in sich homogenes gesellschaftliches Segment. Sie ist vielfach untergliedert, umfasst unterschiedliche sozialstrukturelle Gruppen, Soziallagen, Professionen und Milieus. Die genannten Entwicklungen sorgen heute dafür, dass sie sich immer weiter differenziert. Die Mittelschicht als Ganzes kann somit nicht mehr als ›robuste Stabilitätszone der Gesellschaft‹ (Vogel 2009) charakterisiert werden, weil Sicherheit und Unsicherheit, Wohlstand und Prekarisierung heute nebeneinander existieren.« (ebd.: 120f.)

Es gehört zur »Natur« des Kapitalismus, die sozialen Bedingungen von Produktion und Alltagslebens, beständig zu verändern und alle traditionellen Institutionen und sozialen Strukturen in den Bereichen der Arbeit und der Nichtarbeit umzuwälzen – nicht nur die Produktion, sondern auch die Familie, den Staat, die Kirche, die Eigentumsverhältnisse, die Verkehrsformen, und auch die Stadt sowie die Beziehungen zwischen Stadt und Land usw. Und, einmal etabliert, revolutioniert der Kapitalismus auch beständig seine eigenen Grundlagen und Existenzbedingungen, d.h. die ökonomischen, rechtlichen und politischen Strukturen ebenso wie die Wissenschaften, Kunst und Kultur. Diese historisch völlig neue Dynamik einer gesellschaftlichen Formation, der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer kapitalistischen Produktionsweise, hat Karl Marx in dramatischer Form vor 150 Jahren im »Manifest« beschrieben und auf systematische Weise in seinem Hauptwerk »Das

¹ Eine Aktualisierung der Analyse der ökonomische Anatomie der Klassen in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf Basis der Kritik der politischen Ökonomie ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der sozialistischen Linken, deren Umsetzung allerdings entsprechende Ressourcen (Zeit, Geld) voraussetzt (siehe Bischoff u.a. 1982).

Kapital« systematisch analysiert. Diese Veränderungen zeigen sich auch in den »Klassenverhältnissen«.

In den letzten Jahren sehen wir in den europäischen Metropolen des Kapitals heftige Protest- und Widerstandsaktionen von Lohnabhängigen gegen eine weitere Verschlechterung ihres sozialen Standards. In diesen gesamtgesellschaftlichen Konflikten geht es um die Prekarisierung der Lohnverhältnisse, die Altersrenten, die Sozialtransfers im Falle von Arbeitslosigkeit und den Gesundheitsschutz – kurz: Der aktive Teil der Lohnabhängigen wehrt sich gegen eine Verteilungspolitik zulasten seines sozialen Status.

Im 20. Jahrhundert hatte sich das Lohnarbeitsverhältnis nach und nach »zu einer stabilen gesellschaftlichen Position entwickelt, mit der Sicherheitsgarantien und Rechtsansprüche verbunden wurden, die geeignet waren, einen gesellschaftlichen Bürgerstatus zu begründen. Diese Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherung kann als die große Innovation der Erwerbsgesellschaft gesehen werden.« (Castel 2001b)

Das Arbeitseinkommen (Lohn) entspricht nicht mehr nur einem Entgelt für die unter der Regie des Kapitals verrichtete Arbeitszeit, sondern stellt eine neue Form von gesellschaftlichem Eigentum dar, das heißt der sozialen Absicherung von existentiellen Risiken wie Krankheit, Arbeitsunfälle, Arbeitslosigkeit und Altersversorgung. Es handelt sich zunächst um einen sozialen Status für Lohnabhängige, der aber auch eine existenzielle Mindestsicherung (Mindestlohn) oder Existenzsicherung im Falle der Nicht-Arbeit (soziale Mindestsicherung) einschließt. Dieser Klassenkompromiss basiert auf einer bestimmten gesellschaftlichen Betriebsweise (fordistisch-tayloristisches Produktionsmodell), einem Modus der sozialen Regulierung von Kapital- und Arbeitsmärkten, umverteilenden Sozialtransfers und einer öffentlichen Organisation der Daseinsvorsorge. Das heißt, Bestandteil dieses Regulationssystems ist eine »mixed economy«, was nicht nur unterschiedliche Eigentumsformen einschließt, sondern die Kombination von Kapitalverwertungsbereichen mit gesellschaftlichen Sektoren (Wohnen, Gesundheit, Bildung, Transport, Kommunikation, Energie), die nicht oder nur z.T. dieser Logik unterworfen waren.

Dieser gesellschaftliche Kompromiss wird seit Jahrzehnten immer mehr in Frage gestellt. Der moderne Kapitalismus entwickelt sich in Richtung einer kundenzentrierten, flexiblen Massenproduktion und einer entsprechenden Arbeitsorganisation. Durch die flexible Produktion werden die unter dem fordistischen Fabrikregime erkämpften Rahmenbedingungen der Lohnarbeit und das darauf aufbauende System sozialer Sicherheit in wachsendem Umfang zerstört. Der neue Produktions- und Akkumulationsmodus verändert nicht nur die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft, sondern auch die Verhältnisse. Die Ausrichtung am Shareholder-Value und die dahinter stehende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögens-einkommen schlagen sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote des Arbeitseinkommens und einer relativen Veralterung der Finanz-

märkte nieder. Öffentliche Dienste und wichtige soziale Dienstleistungsbe-
reiche, wie z.B. Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Umwelt, Wasser
etc., werden schrittweise für die Kapitalverwertung geöffnet.

Die weitreichendste Folge des neuen Produktionsmodells ist die Heraus-
bildung einer gespaltenen Ökonomie – der Sektor von tariflich geregelten
Normalarbeitsverhältnissen wird mehr und mehr unter Druck gesetzt durch
den sich ausdehnenden Bereich der ungeschützten, marginalisierten Ar-
beit. Es bleibt allerdings nicht bei der Herausbildung einer neuartig zu-
sammengesetzten »Unterklasse«, sondern Einkommensverluste und Ver-
schlechterungen des sozialen Status erfassen nach und nach die Mehrheit
der Lohnabhängigen.

Gibt es also noch Klassen im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts?

In der Klassentheorie werden die Bedingungen der gesellschaftlichen Wert-
schöpfung und die entsprechenden Verteilungsverhältnisse auf die Sub-
jekte, d.h. die Bevölkerung, der bürgerlichen Gesellschaft heruntergebro-
chen. Auch in dieser Gesellschaft ist die materielle Produktion die Grundlage
für alle anderen sozialen Beziehungen und Verhältnisse. Darüber hinaus
entzündeten sich die gesellschaftlichen Konflikte der bürgerlichen Produk-
tionsweise gerade an der bestimmten Form dieser gesellschaftlichen Pro-
duktion; man denke nur an Lohnkämpfe, an Streiks, um bessere Arbeits-
bedingungen zu erreichen, an Aktionen gegen Arbeitslosigkeit und an die
Verschlechterung der sozialen Lage der Lohnabhängigen. In der Klassen-
theorie müssen daher die ökonomischen Beziehungen der handelnden Sub-
jekte eingeschlossen sein.

Aber – so wird oft behauptet – Klassentheorie sei nicht auf politische Öko-
nomie reduzierbar. Um die Bedingungen des politischen Handelns der Sub-
jekte einschätzen zu können, sei die genaue Kenntnis der ökonomischen
Verhältnisse – vor allem der Revenueformen – unumgänglich, aber das Han-
deln der Subjekte werde darüber hinaus durch politische Zusammenhänge,
geschichtliche Erfahrungen und ideologische Positionen bestimmt. Trotz der
entscheidenden Bedeutung der Ökonomie dürfe die Beziehung zwischen
ihr und den anderen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mechanistisch
oder deterministisch aufgefasst werden. Weil die Klassentheorie auf die Er-
klärung bestimmter Bewusstseinsformen und politischer Einstellungen zielt,
müsse sie über die politische Ökonomie hinausgehen.

Bei diesen Einwänden wird übersehen, dass der Gegensatz der Klas-
sen seinen Grund in ökonomischen Widersprüchen hat, politische Ökono-
mie also selbst schon Klassentheorie ist. Das ist schon bei den Ökonomen
vor Marx zu lernen. Marx hat deshalb nie für sich das Verdienst in Anspruch
genommen, die Klassen oder deren ökonomische Wurzeln entdeckt zu ha-
ben. Er bestimmte seinen Beitrag in kritischer Distanz zur politischen Öko-
nomie ganz anders: »Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Ver-
dienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch

ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war (...) nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist.« (Marx, Brief an Wedemeyer vom 5.3.1852, MEW 28: 507)

Bereits Ricardo entwickelt, dass die Existenz der Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft nicht an politische Privilegien, sondern an bestimmte ökonomische Bedingungen geknüpft ist: Rente (Grundeigentum), Profit (Kapital) und Arbeitslohn (Lohnarbeit) sind nicht die aus den drei Faktoren jeder Produktion entspringenden Einkommensarten und als solche trotz aller Verschiedenheit harmonisch zusammengehörig, sondern sie sind Bedingungen des sozialen Antagonismus und der Entwicklung des Klassenkampfes.

Indem Ricardo die Bestimmung des Wertes durch verausgabte Arbeit als Grundlage der gesamten ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft aussprach und zugleich das Kapital als Regulator der Produktion hinstellte, sprach er unbewusst das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise aus: Die von den unmittelbaren Produzenten geschaffene Welt des Reichtums tritt ihnen zunehmend als fremde, sie unterdrückende Macht entgegen. Indem im selben Atemzug auf der einen Seite die Armut des Arbeiters und der Reichtum des Nichtarbeiters als einzige Quelle des Reichtums ausgesprochen werden, war der eigentliche Grund des Klassenantagonismus benannt.

Marx führt nun diese Herrschaft des vergegenständlichten Reichtums über das Subjekt auf eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion zurück: Der gesellschaftliche Charakter der Tätigkeit, die gesellschaftliche Form des Produkts und der Anteil des Individuums an der Produktion erscheint in dieser Produktionsweise als den Individuen gegenüber Fremdes; sie ordnen sich gesellschaftlichen Verhältnissen unter, die nicht aus dem bewussten Verhalten gegeneinander, sondern aus der Vermittlung des Aufeinanderstoßens gegeneinander gleichgültiger Individuen entstehen.

Marx zeigt zudem, dass die Klassen an eine bestimmte Entwicklungsphase der Gesellschaft gebunden sind, der Klassenkampf in all seinen verschiedenen Formen letztendlich zu einer politischen Ordnung führt, durch die die soziale Emanzipation verwirklicht wird und dieses rationale Zwischenstadium zur Organisation einer höheren Form gesellschaftlicher Arbeit den Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet. Die Kritik der politischen Ökonomie erweist sich so als Dechiffrierung des Hintergrundes der sozialen Gegensätze gesellschaftlicher Klassen.

Der heutige flexible, finanzmarktgetriebene Kapitalismus mit seiner scharfen Kluft zwischen stark organisierter Elite und konzentrierten Vermögenseigentümern sowie einer »undefinierten, amorphen, instabilen Masse« (Sennett 2000) führt zu Veränderungen von Sozialstruktur und Verteilungsverhältnissen, die sich auch und insbesondere im Charakter und in

der sozialen Struktur der Städte niederschlagen. Er übt auf die Städte die gleichen Wirkungen aus wie auf die Arbeitsplätze: wachsende Bindungslosigkeit durch ein Regime der Gleichgültigkeit, Lockerung der Solidarität und Bedeutungsverlust des Arbeitsethos bzw. der Fähigkeit zur Selbstdisziplinierung und zum Aufschub von Gratifikation. Die Standardisierung der städtischen Umwelt mit ihren flexiblen Büros und der Zerstörung von gebauter kollektiver Geschichte entspricht daher dem Charakter des neuen Kapitalismus.

Eine weitere Auswirkung zeigt sich in den veränderten Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Familie. Der hochgradige Stress und die flexiblen Arbeitsformen zerrütten das Familienleben. Auf die Familie übertragen bedeuten die Werte einer flexiblen Gesellschaft: »Bleib in Bewegung, geh keine Bindungen ein und bring keine Opfer«. Solche Gleichgültigkeit, verursacht, ja gewissermaßen aufgezwungen von den objektiven Bedingungen des neuen Kapitalismus, schließt das Vermeiden von Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten ein, fördert den Rückzug ins Privatleben und einen Scheinfrieden gegenseitiger Indifferenz.

Die Herausforderung besteht darin, eine breite Bürgerbeteiligung zu erreichen. Die dazu notwendigen Bildungsvoraussetzungen, auch im Hinblick auf den Gebrauch der neuen technischen Möglichkeiten, müssen erst noch geschaffen werden. Dazu könnten die erweiterte Nutzung von Institutionen der Zivilgesellschaft und der Ausbau von Systemen der »Governance« wichtige Voraussetzungen sein, das Zusammenspiel also von Akteuren oder Repräsentanten des Staates und der öffentlichen Verwaltungen, der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen ebenso wie der NGOs, aber in den gegebenen Verhältnissen auch der privaten Investoren.